

Das „Manifest der 93“

Ausdruck oder Negation der Zivilgesellschaft?

ULF GERRIT MEYER-REWERTS / HAGEN STÖCKMANN

EINLEITUNG

Am 18. September 1914 erschien in der *Times* eine Erklärung britischer Intellektueller mit dem Titel „Britain's Destiny and Duty. Declaration by Authors. A Righteous War“. Gegenstand des Textes war vor allem eine massive Kritik an der deutschen Kriegsführung in Belgien mit dem Vorwurf der Barbarei. Am selben Tag wie in Großbritannien wurde die britische Erklärung unter dem Titel „British Authors condemn Germany“ erstmals in der *New York Times* abgedruckt. Zeitgleich war die informationstechnische Anbindung des Deutschen Reiches an Amerika stark eingeschränkt, seitdem Großbritannien die deutschen Überseekabel gekappt hatte, und so entwickelte sich gleich zu Beginn des Krieges in Deutschland die (berechtigte) Furcht, die Deutungshoheit über den Kriegsausbruch an Großbritannien zu verlieren. Die Unterzeichnerschaft mit so berühmten Namen wie H. G. Wells, Rudyard Kipling oder Arthur Conan Doyle verlieh dem Text zusätzliche Autorität und Publizität.

Die britische Erklärung wurde in einem sachlichen und argumentativen Stil verfasst. Die Verletzung der Neutralität Belgiens durch das Deutsche Reich wurde als moralische und praktische Rechtfertigung des britischen Kriegseintritts dargestellt:

„When Belgium in her dire need appealed to Great Britain to carry out her pledge this country's course was clear. She had either to break faith, letting the sanctity of treaties and the rights of small nations count for nothing before the threat of naked force, or she had to fight. She did not hesitate, and we trust she will not lay down arms till Belgium's integrity is restored and her wrongs redressed.“¹

1 „Britain's Destiny and Duty. Declaration by Authors. A Righteous War“, in: *The Times*, 18.09.1914, S. 3.

Empörung unter deutschen Intellektuellen rief die These hervor, es sei zu unterscheiden zwischen dem militaristischen, inhumanen Preußentum und der durchaus bewundernswerten deutschen Kultur. Während die britischen Autoren dies möglicherweise durchaus als Verteidigung für ihre zum Teil befreundeten oder zumindest bewunderten deutschen Kollegen intendiert haben könnten, wurde die „Zwei-Deutschland-These“ im Reich als Versuch wahrgenommen, einen Keil zwischen den deutschen Staat und seine Kulturträger zu treiben.

Am 4. Oktober 1914 erschien das Manifest „Aufruf ‚An die Kulturwelt!‘“, unterzeichnet von insgesamt 93 prominenten Vertretern² des deutschen Kulturbetriebs, in allen großen Tageszeitungen des Deutschen Reiches. Noch vor seinem Abdruck im Inland wurde der in zehn Sprachen übersetzte Text ins Ausland gesandt, darunter vierzehn neutrale Staaten, in denen die öffentliche Meinung beeinflusst werden sollte.

Der „Aufruf ‚An die Kulturwelt!‘“ stellt thematisch einen Versuch dar, die Deutungshoheit über die Kriegsschuldfrage, die Verletzung der Neutralität Belgiens und über die Wertung des deutschen Militarismus – nicht zuletzt in der kulturellen Sphäre – vor allem in den neutralen Staaten zu gewinnen, zu denen zu diesem Zeitpunkt immerhin auch noch die USA zählten. Gemein sind „Britain’s Destiny“ und dem „Aufruf“, dass die Unterzeichner aus unterschiedlichen politischen und religiösen Richtungen stammten, sich also die Politik des „Burgfriedens“³ auch in der Unterzeichnerschaft manifestierte. Dennoch zeigt das „Manifest der 93“ einen anderen Stil und sozio-kulturellen Hintergrund der Manifestanten als sein britisches Pendant. Verglichen mit dem durchaus offensiven, argumentierenden Stil von „Britain’s Destiny“ ist der Aufruf zwar inhaltlich eher defensiv-rechtfertigend, doch im sprachlichen Duktus aggressiver. Hierin zeigen sich nicht nur kulturelle Hybris und deutsches Sendungsbewusstsein, sondern auch der unbedingte Versuch, die eigene politische und gesellschaftliche Form – selbst irrational – zu verteidigen.

Im Folgenden soll gezeigt werden, dass das Manifest der 93 vor dem Hintergrund der sich militarisierenden wilhelminischen Gesellschaft als Ausdruck einer weitgehend staatskonformen akademischen Kaste zu erklären ist. Die Intention der Verfasser, die öffentliche Meinung in den gegnerischen Nationen zugunsten Deutschlands zu beeinflussen, scheiterte. Im Ausland erschien das Manifest nurmehr als Bekenntnis der deutschen Akademiker zur deutschen Kriegsführung, im Kaiserreich hingegen reihte es sich ein in den allgemeinen Tenor der Kriegsbegeisterung. Der oppositionelle Charakter des Manifests bestand nur gegenüber dem gegnerischen Ausland, einen Diskurs vermochte es nicht zu initiieren.

2 Daher später auch bekannt als Manifest der 93.

3 „Burgfrieden“ meint die zeitweilige Niederlegung innenpolitischer und gesellschaftlicher Konflikte im Kaiserreich während des Ersten Weltkrieges.

SPRACHLICHE UND INHALTLICHE ANALYSE

Bei dem „Aufruf“ handelt es sich also um einen stark ideologisch gefärbten, nicht rational argumentierenden Text. Schon äußerlich ist er entscheidend anders als „Britain's Destiny“: Auf Faksimiles sind nach der proklamatorischen, groß gedruckten Überschrift „AN DIE KULTURWELT!“ vor allem die insgesamt sechs fett gedruckten Satzanfänge mit dem Wortlaut „**Es ist nicht wahr**, [Herv.i.O.]“ auffällig, die den Text in Abschnitte strukturieren. So entsteht eine thesenartige Form, die inhaltlich jedoch nicht eingehalten wird, sondern im Gegenteil eher antithetisch ist in dem Sinne, dass der Widerspruch gegen die ausländische Propaganda den Inhalt determiniert. Laut des ebenfalls in die Entstehung des Aufrufs involvierten Berliner Bürgermeisters Georg Reicke sollte der Text formal sogar auf die 95 Thesen Martin Luthers anspielen.⁴

Eingeleitet wird der Text jedoch von einem Abschnitt, der die inhaltlich defensive Ausrichtung deutlich macht. So ist die Rede von einem „Protest gegen die Lügen und Verleumdungen, mit denen unsere Feinde Deutschlands reine Sache in dem ihm aufgezwungenen schweren Daseinskampfe zu beschmutzen trachten“. Und weiter heißt es: „Der eherne Mund der Ereignisse hat die Austreuung erdichteter deutscher Niederlagen widerlegt.“⁵ Neben der schwülstigen und verklausulierten Ausdrucksweise wird schon in diesen ersten Sätzen der apodiktische Charakter des „Aufrufs“ deutlich: Der „eherne Mund der Ereignisse“ (sprich: die Tatsachen) hat den vollendeten Beweis der Auslandslügen angetreten und diese „widerlegt“ – um welche Tatsachen und welche dadurch widerlegten „Niederlagen“ es sich handelt, wird nicht explizit ausgeführt.

Die sechs oben genannten Abschnitte befassen sich nun mit die Kriegsführung betreffenden, konkreten Punkten, in folgender Reihenfolge: Kriegsschuldfrage, Verletzung der Neutralität Belgiens, Verbrechen gegen belgische Zivilisten, Zerstörung der Stadt Löwen, Verletzung des Völkerrechts, Differenz zwischen Militarismus und Kultur. Dabei ist bereits mit dem jeweils ersten Satz („Es ist nicht wahr“) klar, dass hier nicht über den Wahrheitsgehalt der Vorwürfe gegen die deutsche Kriegsführung *verhandelt* werden soll; stattdessen werden sämtliche Punkte entweder rundweg abgestritten oder mit schlichter Notwendigkeit begründet. Ein Postulat der Unfehlbarkeit liegt dem Text zugrunde, der dazu passend biblische Formulierungen verwendet. Generell wird der gegnerischen Propaganda vorgeworfen, in einer Doppelmoral zu argumentieren sowie die wahren Vorgänge zu verdrehen und unzulässig gegen Deutschland zu wenden. So seien Frankreich und

4 Vgl. Ungern-Sternberg, Jürgen v./Ungern-Sternberg, Wolfgang v.: Der Aufruf „An die Kulturwelt!“. Das Manifest der 93 und die Anfänge der Kriegspropaganda im Ersten Weltkrieg; mit einer Dokumentation, Stuttgart 1996, S. 51.

5 Dieses und die folgenden Zitate aus dem Manifest der 93 zitiert nach ebd., S. 144 f.

Großbritannien ebenfalls bereit gewesen, die Neutralität Belgiens zu verletzen, nur sei Deutschland dabei eben schneller gewesen. Die Massaker an der belgischen Zivilbevölkerung seien somit lediglich die gerechte Strafe gegen „Verbrechen“ von „Meuchelmördern“ gewesen; es habe sich nicht um Zivilisten, sondern um Freischärler gehandelt.

Aufschlussreich ist der Abschnitt über die Zerstörung der Stadt Löwen. Zunächst wird die Unausweichlichkeit betont, mit der „schweren Herzens“ Vergeltung durch „Beschießung eines Teils der Stadt“ geübt werden musste; das „berühmte Rathaus“ sei jedoch „gänzlich unversehrt“ geblieben. Schließlich heißt es:

„Sollten in diesem furchtbaren Kriege Kunstwerke zerstört worden sein oder noch zerstört werden, so würde jeder Deutsche es beklagen. Aber so wenig wir uns in der Liebe zur Kunst von irgend jemand übertreffen lassen, so entschieden lehnen wir es ab, die Erhaltung eines Kunstwerks mit einer deutschen Niederlage zu erkaufen.“

Neben der nochmals betonten Notwendigkeit der deutschen Kriegsführung tritt hier deutlich ein kulturelles Überlegenheitsgefühl zutage: Kein anderes Volk liebe die Kunst so sehr wie das deutsche; doch selbst diese Liebe halte die Deutschen nicht davon ab, wenn nötig auch Kunstwerke zu opfern (vermutlich spielt der Text an dieser Stelle auf die Zerstörung der Universitätsbibliothek in Löwen an). Hierin deutet sich das Primat des Militärischen vor der Kultur an.

Der „Aufruf“ schließt mit drei immer kürzer werdenden Absätzen, von denen der letzte nur noch aus einem Satz besteht. Hier nehmen die patriotischen und feierlichen Formulierungen noch einmal Fahrt auf – der Kampf werde zu Ende gekämpft von einem „Kulturvolk, dem das Vermächtnis eines Goethe, eines Beethoven, eines Kant ebenso heilig ist wie sein Herd und seine Scholle“. Auch die Burgfriedenspolitik findet noch einmal Erwähnung, wenn von der Verbrüderung der Deutschen „ohne Unterschied der Bildung, des Standes und der Partei“ die Rede ist.

So zeigt der Text ein widersprüchliches Verhältnis von Gegenstand und Wortwahl: In der Sache eine Verteidigungsrede, ist der sprachliche Duktus – wie bereits angedeutet – dennoch überaus kriegerisch. Die apodiktischen Formulierungen lassen keinerlei Diskurs zu, sondern stehen für sich. Insofern suggeriert der Text eine geradezu religiöse Mission, die um jeden Preis erfüllt werden muss; aus der Verteidigungsrede wird so ein nationalistisches Pamphlet, das in den neutralen Ländern vielerlei Reaktionen ausgelöst hat, jedoch keinerlei Sympathiegefühle.

ZUR ENTSTEHUNG DES AUFRUFS ,AN DIE KULTURWELT!' UND ANDERER MANIFESTE

Die Idee und der Entwurf des Manifests der 93 entstanden in einem komplizierten Geflecht persönlicher Beziehungen und Interessen. Schon an der Vorbereitung des Textes wirkten neben Akademikern und Schriftstellern auch staatliche Akteure mit, wie etwa der Chef des Nachrichtenbüros des Reichsmarineamtes, Kapitän zur See Heinrich Löhlein. Wie schon der später gebräuchliche Name Manifest der 93 andeutet, unterzeichnete eine relativ große und durchaus heterogene Gruppe von Männern des deutschen Kulturbetriebes den Aufruf. Ab dem 19. September 1914 wurden per Telegramm potenzielle Unterzeichner angeschrieben bzw. von den Initiatoren persönlich angesprochen. Ausgenommen waren von Anfang an Pazifisten wie Albert Einstein⁶: Der sich konstituierende Zirkel reichstreuer Intellektueller war von Beginn an exklusionistisch und unternahm keinerlei Versuche, ideologische Gegner von den eigenen Positionen zu überzeugen.

Die nach ihren politischen Zugehörigkeiten (ausgenommen die Sozialdemokratie) und auch Konfessionen immer noch sehr uneinheitliche Unterzeichnerschaft, die ein „Who's Who der Kunst und Wissenschaft“⁷ war, lässt sich allerdings auf einige wesentliche Akteure herunter brechen, die an der Entstehung beteiligt waren. Die ursprüngliche Initiative ist auf den Kaufmann Erich Buchwald zurückzuführen, der sich unter dem Eindruck eines Artikels des *Berliner Tageblatts* über die britische Kriegspropaganda vom 9. September 1914 an den Schriftsteller Hermann Sudermann wandte. Als Hauptverfasser des Textes gilt der Schriftsteller Ludwig Fulda.⁸

Erschrocken über die fatale Außenwirkung, distanzierten sich einige der Unterzeichner bald von dem „Aufruf ‚An die Kulturwelt!‘“, so zum Beispiel Max Planck. Dabei handelte es sich jedoch um keine allgemeine Tendenz der Manifestanten. Ebenso wenig richtig wäre es, den Unterzeichnern eine überhitzte Begeisterung zu unterstellen, die ihrer bis Kriegsbeginn gesammelten internationalen Erfahrung oder gar dem Engagement mancher Manifestanten in Friedensbewegungen entgegenliefe. So haben wir es

„keineswegs nur mit ‚weltfremden‘ Gelehrten und Künstlern zu tun, wenn ihnen auch mehrheitlich in ihrem Selbstverständnis als ‚überparteilich-interessenfreie Interpreten des Gewissens der Nation‘ [...] ein Grundzug des ‚Unpolitischen‘ gemeinsam war,

6 Einstein sollte jedoch noch bei einem Gegenmanifest eine Rolle spielen, wie im Folgenden noch gezeigt werden wird.

7 Brocke, Bernhard vom: Wissenschaft und Militarismus. Der Aufruf der 93 ‚An die Kulturwelt!‘ und der Zusammenbruch der internationalen Gelehrtenrepublik im Ersten Weltkrieg, in: Calder, William M./Flashar, Hellmut/Lindken, Theodor (Hg.): Wilamowitz nach 50 Jahren, Darmstadt 1985, S. 649-719, hier S. 657.

8 En detail rekonstruiert in: v. Ungern-Sternberg/v. Ungern-Sternberg 1996 (s. Anm. 4), S. 17 ff.

des Unpolitischen im Sinne eines Verzichtes auf aktive und verantwortliche Teilnahme an der Tages- und vor allem Parteipolitik“⁹.

Was die Motivation der Unterzeichner betrifft, sind insofern weniger politische Motive als vielmehr nationalistische Beweggründe anzunehmen.

Entscheidend für die Genese des Manifests ist jedoch der historische Kontext: Ende August 1914 zerstörten deutsche Truppen die belgische Stadt Löwen. Die Aktion sollte ein Exempel gegen mögliche Aufstände im besetzten Belgien statuieren, doch offenbar war man sich in der deutschen Heeresleitung nicht der fatalen Außenwirkung einer solchen Aktion bewusst gewesen; so forderte das Deutsche Reich die Einhaltung der Haager Landkriegsordnung von 1907 und mit äußerster Konsequenz wurden „Franc-tireurs“ bzw. Freischärler verfolgt¹⁰. Jedoch hatte Deutschland das Völkerrecht mit der Besetzung des neutralen Belgiens zuerst gebrochen; das harsche Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung und der Verlust bedeutender Kulturgüter der kleinen Universitätsstadt, die sich bereits in deutscher Hand befand, goss zusätzlich Öl in das Feuer der alliierten Propaganda, löste aber auch tatsächliche Empörung nicht nur in den Ländern der Entente aus. Während der deutsche Reichskanzler Theobald v. Bethmann-Hollweg den Einmarsch in Belgien vor allem mit strategischen Überlegungen begründete,¹¹ nahm der Diskurs darüber zunehmend moralische Züge an. Die Berichte über „deutsche Kriegsgreuel“ rührten an das deutsche Selbstverständnis als Kulturnation – Gräueltaten und Unmenschlichkeit waren hier eigentlich mit dem russischen Kriegsgegner assoziiert, dessen „Horden“ im späteren Aufruf ebenso Erwähnung fanden wie „Neger“,¹² womit auf die afrikanischen Einheiten der französischen Armee angespielt wurde. Somit stellen die Reaktionen der Auslandspresse und der alliierten Propaganda auf die Vorkommnisse in Löwen einen wesentlichen Auslöser für den „Aufruf“ dar.

Nun ließen sich natürlich auch Konformitätsdruck und/oder karrieristische Motive¹³ für die Unterschrift einiger der 93 vermuten. Zwar ist dies nicht in jedem Fall überprüfbar oder auszuschließen, doch spricht zumindest

9 Vom Brocke 1985 (s. Anm. 7), S. 659.

10 Was auch der – vor allem gefühlten – Angst vor Angriffen aus dem Hinterhalt seit dem Deutsch-Französischen Krieg geschuldet war.

11 So zum Beispiel am 4. August 1914 vor dem Deutschen Reichstag.

12 Zur Genese der Dichotomie von europäischer „Culturwelt“ und „asiatischen Horden“ vgl. Osterhammel, Jürgen: Die Entzauberung Asiens. Europa und die asiatischen Reiche im 18. Jahrhundert, München 1998, S. 210 ff.

13 Es gibt nur einen gesicherten Fall, in dem die Unterschrift von einem angesprochenen Kulturschaffenden verweigert wurde; siehe v. Ungern-Sternberg/v. Ungern-Sternberg 1996 (s. Anm. 4), S. 24. Für das karrieristische Motiv könnte auch der unten geschilderte „Fall Nicolai“ sprechen, der am Negativbeispiel zeigt, dass Kritik an der deutschen Kriegsführung überaus karriereschädigend sein konnte.

bei den Initiatoren eines gegen eine solche Vermutung: In den Briefwechseln und Notizen aus dem Entstehungsprozess der Schrift ist ein bemerkenswerter Glaube an die Erfolgsaussicht des Aufrufs festzustellen; nämlich im Ausland, wenn es schon nicht möglich war, dort Verständnis für die deutsche Kriegsstrategie zu erzeugen, so sollte doch wenigstens die Einheit von deutschem Militarismus und deutscher Kultur glaubhaft gemacht und so die „Zwei-Deutschland-These“ entkräftet werden. Im Rahmen einer Vorarbeit zu dem Aufruf bemühten sich Fulda und die involvierten staatlichen Stellen, valide Informationen über „Gräueltaten“ der Kriegsgegner zu sammeln, um so deren Vorwürfe gegen das deutsche Militär zu widerlegen.¹⁴ Löhlein bot Fulda und Sudermann für ihre Arbeit sogar Räumlichkeiten im Reichsmarineamt an.¹⁵

Hierin liegt eine geradezu groteske Fehleinschätzung: Der Gedanke, dass der Aufruf als ein Eingeständnis des deutschen „Gesinnungsmilitarismus“¹⁶ der alliierten Propaganda ein willkommener Anlass sein könnte – und schließlich auch war –, fortan die Unterscheidung zwischen einem „guten“ Kulturdeutschland und einem militaristischen Preußen-Deutschland aufzugeben und das Deutsche Reich nun generell als militaristisch zu brandmarken, scheint den Verfassern nicht gekommen zu sein. So konnte die Behauptung der Einheit von Kultur und Militär zwar glaubhaft gemacht werden, aber gewiss nicht im ursprünglich intendierten Sinne.

Freilich war der „Aufruf ‚An die Kulturwelt!‘“ kein Einzelfall. Es folgten, gerade in den ersten Wochen des Krieges, weitere Solidaritätsbekundungen wie die thematisch sehr ähnliche „Erklärung der Hochschullehrer des Deutschen Reiches“ vom 16. Oktober 1914, verfasst von dem Berliner Altphilologen Ulrich v. Wilamowitz-Moellendorff. Auch in dieser spielte die Identität von Kultur und Militarismus die entscheidende Rolle. Während die Verfasserschaft der Erklärung hier eindeutiger zugeordnet werden kann als beim „Aufruf ‚An die Kulturwelt!‘“, ist die Masse der Unterzeichner schier unüberschaubar: Mit rund 4000 Unterschriften nahezu *aller* Hochschullehrer *aller* deutschen Universitäten ist die Erklärung das deutlichste Zeugnis dafür, dass sich der überwiegende Teil der deutschen Hochschullandschaft mit dem deutschen Militär solidarisch erklärte.

Seine herausragende Bedeutung entwickelte der „Aufruf ‚An die Kulturwelt!‘“, neben der hier erstmals klar formulierten Verortung der konservativen Kultureliten in der deutschen Kriegspolitik, vor allem durch den frühen Zeitpunkt seiner Publikation. Davon abgesehen war der Aufruf weder der radikalste Ausdruck der engen wechselseitigen Beziehungen zwischen den Bildungseliten und dem deutschen Machtstaat, noch konnte er die größte Unterzeichnerschaft für sich in Anspruch nehmen, wie die „Erklä-

14 Vgl. ebd., S. 19.

15 Vgl. ebd., S. 25 f.

16 Böhme, Klaus (Hg.): Aufrufe und Reden deutscher Professoren im Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1975, S. 8.

rung der Hochschullehrer“ zeigte. Am 20. Juni 1915 erschien eine weitere Intellektuelleneingabe, die sogenannte „Seeberg-Adresse“, benannt nach ihrem Mitinitiator, dem Berliner Theologen Reinhold Seeberg, der auch zu den Unterzeichnern des „Aufrufs“ gehörte. Die „Seeberg-Adresse“ wurde von 352 Hochschullehrern unterzeichnet und entwickelte textlich ein all-deutsches Annexionsprogramm *par excellence*,¹⁷ in dem Forderungen nach der Ausweitung des deutschen Territoriums in alle Himmelsrichtungen gestellt wurden. Auffällig ist hier der antislawische Affekt: Vor allem das Russische Reich wurde darin aufgrund seines hohen Bevölkerungswachstums als Bedrohung geschildert, der man nur durch die direkte Kontrolle eines möglichst weiten osteuropäischen Gebiets und die Errichtung eines „Ostwalls“ begegnen könne.¹⁸

Insofern ist es keineswegs der Fall – entgegen späterer Distanzierungen vieler Unterzeichner des Manifests der 93 (s.o.), die den Text zum Teil nicht einmal kannten, als sie sich zur Unterschrift bereit erklärten –, dass es bald nach der ersten Kriegsbegeisterung eine allgemeine Tendenz zu ruhigeren und versöhnlicheren Tönen gegenüber den deutschen Kriegsgegnern gegeben hätte. Im Gegenteil: Selbst die Gegenerklärung zur radikalen „Seeberg-Adresse“ von dem Berliner Historiker Hans Delbrück, eines erklärten Gegners der Alldeutschen, richtete sich nur gegen die oben genannten Annexionsforderungen. Die Notwendigkeit des Krieges wurde auch hier nicht infrage gestellt – Deutschland werde nach dem Krieg seinen „Siegespreis“¹⁹ durchaus beanspruchen dürfen.

Wie dominant die Befürworter des Krieges unter Akademikern waren, zeigt auch der „Fall“ von Georg Friedrich Nicolai²⁰, eines Berliner Medizinprofessors, Pazifisten und ärztlichen Beraters der Kaiserin. Er schrieb²¹ wenige Tage nach dem Erscheinen des „Aufrufs „An die Kulturwelt!““ als direkte Reaktion darauf den „Aufruf an die Europäer“, worin er an die Solidarität unter den europäischen Nationen appelliert. Es fanden sich nur vier Unterzeichner: Neben Nicolai und Albert Einstein außerdem der „Privatgelehrte“ Otto Buek sowie der Astronom Wilhelm Foerster, Mitbegründer der Deutschen Friedensgesellschaft. Schlussendlich erschien der Aufruf erst 1917 in einer nicht autorisierten Form bei einem Schweizer Verlag. Obwohl der „Aufruf an die Europäer“ an zahlreiche Hochschullehrer verschickt worden war, fand er keine weiteren Unterzeichner. Für Nicolai bedeutete spätestens die Veröffentlichung seines Aufrufs einen deutlichen Karriereknick; selbst nach dem Krieg war es ihm nicht mehr möglich, an einer deut-

17 Vgl. ebd., S. 19 u. S. 125-135.

18 Vgl. ebd., S. 125-135.

19 Ebd., S. 137.

20 Siehe Zuelzer, Wolf: Der Fall Nicolai, Frankfurt am Main 1981.

21 Nach eigener Aussage zusammen mit Albert Einstein; vgl. v. Brocke 1985 (s. Anm. 7), S. 683.

sche Hochschule zu arbeiten – nationalistische Studenten verhinderten, dass er seine Veranstaltungen abhalten konnte.²²

AUSSENPOLITISCHE STOSSRICHTUNG UND REAKTIONEN DES AUSLANDES

In erster Linie richtete sich der Aufruf (in oppositioneller Gegnerschaft) an das Ausland – dafür spricht allein die Veröffentlichung in zehn verschiedenen Sprachen. Vornehmliches Anliegen der Verfasser war, der englischen Kriegspropaganda zu widersprechen und eine eigene Version der Ereignisse in der Öffentlichkeit zu lancieren. Darüber hinaus artikulierte das Manifest eine moralische Entrüstung und den Vorwurf an die ausländischen Regierungen, akademischen Einrichtungen und Gelehrten, der deutschen Nation Unrecht anzutun. Auf Seiten der Verfasser schwang mit hoher Wahrscheinlichkeit die Hoffnung mit, durch diesen Aufruf die öffentliche Stimmung innerhalb der feindlichen Staaten zum Kippen zu bringen. Mit dem Manifest sollte somit vermittelt werden, dass hier die deutsche Wissenschaft – die zu diesem Zeitpunkt durchaus Achtung auf internationaler Ebene besaß – ihr ganzes Gewicht für die deutsche Nation in die Waagschale wirft, was die Intellektuellen der anderen europäischen Nationen dazu veranlassen sollte, mäßigend auf die Regierungen ihrer Länder einzuwirken. Dass dieser Versuch ein Fehlschlag war, zeigen die Reaktionen in der europäischen und amerikanischen Presse sowie internationaler akademischer Einrichtungen.

Das Manifest der 93 hatte eine enorme Wirkung im Ausland und erschütterte die Beziehungen zu europäischen und amerikanischen Akademikern, soweit diese noch nach der Mobilmachung aufrechterhalten worden waren. Mit dem „Aufruf an die Kulturwelt“ manövierten sich die deutschen Gelehrten zielsicher in die Isolation. Die Reaktionen auf den „Aufruf an die Kulturwelt“ bewegten sich von beißendem Spott bis zu tiefer Entrüstung über den offen demonstrierten Kulturchauvinismus der Intellektuellen im Kaiserreich.

Vor dem Kriegsausbruch 1914 war die internationale Gelehrtenrepublik kein erst zu erreichendes Ziel internationaler Gremien und Bildungsreformen, sondern alltägliche Realität. Im Zeitalter des Imperialismus war die internationale Gelehrtenvernetzung das verbindende Element. Der Austausch unter Gelehrten und Wissenschaftlern zahlreicher Nationen war rege, man rezipierte einander, begegnete sich auf internationalen Kongressen und vertiefte die Beziehungen in Professorenaustauschen wie dem deutsch-amerikanischen Besuchsprogramm. Schon im Vorfeld des Krieges fand die sogenannte „These von den zwei Deutschland“ besondere Verbreitung: Bereits seit Langem fand das ökonomische und sozialpolitische Organisationsvermögen des Kaiserreiches in England viele Bewunderer, die Schwäche

22 Vgl. ebd., S. 682 ff.

des deutschen Liberalismus hingegen viele Kritiker. Das britische Verhältnis zum Deutschen Reich war stets von der Furcht vor zu großer deutscher Stärke sowie von einer grundlegenden Affinität zu Deutschland als Kulturation geprägt. Der „Zwei-Deutschland-Theorie“ folgend, unterschied man in Großbritannien zwischen einem Deutschland des preußischen Militarismus und einem Deutschland der kultivierten, intellektuellen Dichter und Denker.²³

Zwar fielen die Antworten von englischer Seite sehr differenziert aus, doch von dem hybriden Deutschlandbild verabschiedeten sich auch die Engländer, gerade weil im Manifest der 93 diese Trennung aufgehoben wurde. Die Verbundenheit vieler britischer Gelehrter mit der deutschen Wissenschaftslandschaft hatte noch vor Kriegseintritt Großbritanniens Ausdruck in einem „Scholars’ Protest Against War With Germany“ gefunden, in dem sich britische Intellektuelle gegen einen Krieg mit dem Deutschen Kaiserreich ausgesprochen hatten:

„We regard Germany as a nation leading the way in Arts and Sciences, and we have all learnt and are learning from German Scholars. War upon her in the interest of Serbia and Russia will be a sin against *civilization*“.²⁴

Natürlich stieß dieser Versuch, den Kriegseintritt Großbritanniens trotz der Verletzung der belgischen Neutralität zu verhindern, indem man mit der Überlegenheit der deutschen Kultur argumentierte, auf Widerstand. So auch in „Britain’s Destiny and Duty“:

„The views, inculcated upon the present generation of Germans by many celebrated historians and teachers, seem to us both dangerous and insane. Many of us have dear friends in Germany, many of us regard German culture with the highest respect and gratitude; but we cannot admit that any nation has the right by brute force to impose its culture upon other nations, nor that the iron military bureaucracy of Prussia represents a higher form of human society than the free constitutions of Western Europe.“²⁵

Selbst noch in der Auseinandersetzung mit den deutschen Gelehrtenmanifesten betonte die „Antwort an die deutschen Professoren“ vom 21. Oktober

23 Zu dieser Unterscheidung vgl. Hoeres, Peter: Krieg der Philosophen. Die deutsche und die britische Philosophie im Ersten Weltkrieg, Paderborn 2004, S. 131-156; vgl. auch Kuropka, Joachim: „Militarismus“ und das „Andere Deutschland“. Zur Entstehung eines Musters britischer Deutschlandinterpretation, in: Wendt, Bernd-Jürgen (Hg.): Das britische Deutschlandbild im Wandel des 19. und 20. Jahrhunderts, Bochum 1984, S. 103-124.

24 Scholars’ Protest Against War With Germany, in: The Times, 01.08.1914.

25 Britain’s Destiny and Duty. Declaration by Authors. A Righteous War, in: The Times, 18.09.1914.

1914 in der *Times*, die von 117 britischen Gelehrten unterzeichnet wurde, die „deep and real admiration for German scholarship and science“, um später aber auch unmissverständlich klar zu machen, dass man es nun mit einem anderen Deutschland zu tun habe:

„[U]nder the baleful influence of a military system and its lawless dreams of conquest, she [d.i. Germany] whom we once honoured now stands revealed as the common enemy of Europe and of all people which respect the Law of Nations. We must carry on the war on which we have entered. For us, as for Belgium, it is a war of defense, waged for liberty and peace.“²⁶

In Frankreich hingegen war das Manifest Wasser auf die Mühlen der anti-deutschen Propaganda. Westlich des Rheins galt die deutsche Wissenschaft ohnehin seit Langem als willfähiges Instrument des preußischen Wilhelminismus. Die Entgegnungen auf den „Aufruf“ waren die Fortführung eines alten Gegensatzes, der noch aus dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71 stammte. Die von Seiten Deutschlands propagierte Überlegenheit als Kulturnation stieß bereits zu dieser Zeit auf wenig Gegenliebe und konstituierte den Gegensatz zwischen deutscher Kultur und der „civilisation“ der anderen europäischen Nationen, insbesondere Frankreichs.²⁷ Französische Gelehrte griffen den Topos vom deutschen Barbaren in ihren Gegenschriften auf. Gemäßigte Stimmen, wie die Antwort der fünfzehn französischen Universitäten vom 3. November 1914, waren eher die Ausnahme. Dort hieß es in einem sachlichen Ton:

„que la civilisation est l'œuvre non pas d'un peuple unique, mais de tous les peuples, que la richesse intellectuelle et morale de l'humanité est créée par la naturelle variété et l'interdépendance nécessaires de tous les génies nationaux.“²⁸

Dem allgemeinen Tenor entsprechend ist die Stellungnahme der Université catholique de Paris, die heftig gegen das Manifest der 93 protestierte:

26 Reply to German Professors. Reasoned Statement of British Scholars. Origin and Conduct of the War, in: *The Times*, 21.10.1914.

27 Vgl. Paul, Harry W.: *The Sorcerer's Apprentice. The French Scientist's Image of German Science 1840-1919*, Gainesville 1972, S. 77 f.; ebenso Hilgers-Schell, Hannelore/Pust, Helga: *Culture und Civilisation im Französischen bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts*, in: *Sprachwissenschaftliches Colloquium (Bonn)* (Hg.): *Europäische Schlüsselwörter. Wortvergleichende und wortgeschichtliche Studien*, Bd. III: *Kultur und Zivilisation*, München 1967, S. 1-30.

28 *Manifeste des Universités françaises aux Universités des Pays neutres. En réponse à la protestation des Universités allemandes (3 novembre)*, in: *Revue scientifique* 52 (5.-12. Dez. 1914), S. 203.

„Eh bien, non! Votre voix est celle de l'erreur, d'une erreur que nous nous refusons à croire volontaire. Et pour prouver ce que nous affirmons, nous nous appuyons, nous sur les documents diplomatiques publiés par les diverses puissances, sur des enquêtes conduits avec le plus grand souci de l'exactitude, sur ce que nous avons vu de nos yeux, documents qui établissent d'une façon péremptoire que l'Allemagne a prémédité la guerre et a fait échouer toutes les tentatives de conciliation; enquêtes et constatations qui nous donnent le droit de protester de toutes nos forces, à la face du monde, contre les actes abominables par lesquels l'armée allemande a fait reculer la civilisation jusque'aux invasions des barbares.“²⁹

Doch nicht nur die deutsche Schuld am Kriegeausbruch und das barbarische Vorgehen gegen die belgische Bevölkerung wollte man auf französischer Seite festgestellt sehen, auch die kulturelle Überlegenheit der Deutschen bezweifelte man vehement, wie die Académie des Sciences in ihrer Antwort vom 3. November 1914 festhielt:

„[...] que les civilisations latine et anglo-saxonne sont celles qui ont produit depuis trois siècles la pluspart des grandes découvertes dans les sciences mathématiques, physiques et naturelles, ainsi que les autres principales inventions du XIX^e siècle“.³⁰

In Russland fand das Gegenmanifest „À notre patrie et au monde civilisé tout entier“ unterdessen die Unterstützung von 1.100 Gelehrten und Künstlern. Das Manifest konstatierte, Deutschland sei zu den „Altären seiner grausamen Nationalgötter zurückgekehrt“.³¹

Auch der Hauptadressat des „Aufrufs“ und mithin die größte neutrale Macht, die USA, sah in den machtpolitischen Erwägungen der Generalität des deutschen Heeres die größte moralische Hypothek des Deutschen Reiches, während sie den Waffengang der anderen europäischen Nationen zum Schutz der kleinen Staaten als europäischen Freiheitskampf wertete. Der „Aufruf“ galt den amerikanischen Intellektuellen als Zeugnis blanken Zynismus und die sich selbst zugeschriebene Rolle als Schutzmacht gegen die asiatisch-russische Zivilisation empfand man dort als Anmaßung.³² Stellte sich vielen amerikanischen Professoren und Intellektuellen das Deutsche Reich – in dem viele von ihnen selbst studiert und gelernt hatten – bis zu diesem Zeitpunkt als sich liberalisierendes und demokratisierendes Land dar

29 Baudrillart, Alfred (Hg.): *La guerre Allemande et le Catholicisme*, Paris 1915, S. 280-286 (für die Zitate siehe S. 281 f.).

30 Protestation de l'Académie des Sciences. Dans sa séance du 3 novembre, in: *Le Temps*, 04.11.1914, zitiert nach v. Brocke 1985 (s. Anm. 7), S. 667.

31 Appel des Intellectuels russes 'à notre patrie et au monde civilisé tout entier'. Signé par 1100 des plus éminents représentants de la Science, des Lettres et des Arts en Russie. (nach „L'Opinion“ vom 21. Nov.), in: Jaulmes, Theodor: „Ignorance?, Inconscience?... ou hypocrisie?“, Paris 1914, S. 39.

32 Vom Brocke 1985 (s. Anm. 7), S. 676.

– insbesondere wegen seiner auch im Vergleich zu Amerika freien Lehre an den Hochschulen³³ –, kehrte sich dieses Bild nun ins Gegenteil um.

DIE INTELLEKTUELLE UND KULTURELLE SPHÄRE IM KAISERREICH

Die Metapher von den „german mandarins“³⁴ ist für wenige Kontexte so passend wie für die Kriegsbegeisterung und die Solidaritätsbekundungen Intellektueller bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Im geradezu metaphysischen Gefühl der „Ideen von 1914“ erfüllte der Großteil – wenn auch nicht die Gesamtheit – der Kultureliten eine selbst gewählte, staatstragende Funktion, indem er aktiv und meist unaufgefordert Partei für die deutsche Kriegspolitik ergriff. Die Professoren fühlten sich „dazu aufgerufen, die Kriegsanstrengungen der Nation mit geistigen Waffen zu unterstützen und der deutschen Kriegspolitik eine zusätzliche moralische Legitimation zu verschaffen“³⁵.

Nun war politische Betätigung, die nach heutigem Verständnis Partei-, Ausschuss- und Gremienarbeit umfassen würde, vor allem unter Universitätsgelehrten im Jahr 1914 wenig üblich. Der Schlüssel hierfür liegt in dem seit 1870/71 gewandelten Verhältnis zwischen dem preußischen Staat, seinem Militär und seinen Bürgern. Das enorme Prestige, welches das Militär im Kaiserreich genoss, hatte es sich im Deutsch-Französischen Krieg erworben, als ihm mit militärischer Macht das gelang, was die intellektuellen und bürgerlichen Revolutionäre 1848 nicht geschafft hatten: die deutschen Staaten – wenn auch ohne Österreich – dauerhaft, in einem festen Gefüge zu einigen. Zusammen mit dem politischen Konformitätsdruck des Kaiserreiches war somit der Boden für eine universitäre Gelehrtschaft bereitet, die „ein umfassendes Legitimationssystem des Bestehenden“³⁶ erarbeitete: „Gesellschaftspolitisch wurden die Universitäten zu Bastionen des Status quo“ und die „liberale Gelehrte ngestalt, wie sie etwa Theodor Mommsen und

33 Vgl. ebd. Man bedenke außerdem den Antisemitismus der Oberklasse an den Universitäten der Ostküste, der Juden den Zugang zu Ordinarien weit schwieriger machte als zur selben Zeit im wilhelminischen Reich; vgl. dazu auch Wechsler, Harold S.: *The qualified student. A History of selective College Admission in America*, New York 1977.

34 Ringer, Fritz K.: *The decline of the German mandarins. The German academic community 1890-1933*, Harvard 1969.

35 Mommsen, Wolfgang J.: *Bürgerliche Kultur und künstlerische Avantgarde. Kultur und Politik im deutschen Kaiserreich 1870-1918*, Frankfurt am Main 1994, S. 117.

36 Böhme 1975 (s. Anm. 16), S. 4.

Rudolf Virchow verkörperten, verschwand im Laufe der achtziger Jahre fast völlig.³⁷

Diese Entwicklung nur auf Zwang und Legitimitätsdruck zurückzuführen, griffe jedoch zu kurz. Die gesellschaftlich integrativen Momente, die selbst dem Kaiserreich mit seinen starken Spannungen zwischen einzelnen Milieus und Klassen zu Eigen waren, dürfen hier nicht unterschätzt werden. Eines dieser entscheidenden Momente ist eine militärpolitische Wende Kaiser Wilhelms II. 1890: In diesem Jahr „stellte [er] dem ‚Adel der Geburt‘ den ‚Adel der Gesinnung‘ offiziell zur Seite [...]. Dreiundzwanzig Jahre später stammten dann bereits sieben von zehn preußischen Offizieren aus bürgerlichen Familien.“³⁸ Hierin liegt eine weitere, entscheidende Verschränkung des bürgerlichen Standes mit dem überkommenen preußischen Feudalsystem, das sich damit nur so weit wie nötig den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen anpasste.

Auch die Professorenschaft rekrutierte sich zumeist aus der (begüterten) bürgerlichen Gesellschaft und hatte ihren festen Platz im Machtgefüge des Kaiserreiches. Durch die „Ersatz-Nobilitierung des Doktorgrades“ schuf sich die Kulturelite ein Instrument, um „das Unterlegenheitsgefühl des Zivilisten in einer Gesellschaft, die ihre normativen Lebensideale vom Militärischen empfing, zu kompensieren.“³⁹

Daraus wird auch erklärlich, dass die Professoren durchaus über ein Selbstverständnis der geistigen Autonomie verfügten, obwohl sich ihre Rekrutierungsmechanismen wesentlich an der politischen Loyalität zur Herrscherdynastie orientierten.

In diesen Entwicklungen löst sich ein scheinbares Paradox auf: Einerseits ist ein schwindender politischer Einfluss der kulturellen Eliten im 2. Kaiserreich zu beobachten, der auf der Einsicht in die machtpolitischen Gegebenheiten beruhte und somit auch auf politischem Zwang. Andererseits setzten sich seit 1871 konservative, dem preußischen Staat loyal ergebene Eliten an den Universitäten durch, die auf die eingegengten politischen Partizipationsmöglichkeiten nicht durch völligen Rückzug von politischen Themen reagierten, sondern sich als Legitimatoren und Träger der Gesellschaftsordnung des Reiches positionierten.

Die universitären Gelehrtdiskurse färbten so auch auf die kulturelle Sphäre des Kaiserreichs insgesamt ab. Es entstand eine spezifische Art des Honoratiorentums; Künstler, Privatgelehrte und andere Größen des Geisteslebens übernahmen die Prämissen des oben genannten „Legitimationssystems“, was auch ein Schnitt durch die Unterzeichnerschaft des Manifests der

37 Ebd.

38 Frevert, Ute: Das Militär als Schule der Männlichkeiten, in: Brunotte, Ulrike (Hg.): Männlichkeiten und Moderne. Geschlecht in den Wissenskulturen um 1900, Bielefeld 2008, S. 57-75, hier S. 59 f.

39 Böhme 1975 (s. Anm. 16), S. 6.

93 zeigen würde⁴⁰. Hierin offenbart sich eine zivilgesellschaftliche Entwicklung, die nicht neben oder gar entfernt vom Staat stattfand, sondern stets positiv Bezug auf diesen nahm. Die „german mandarins“ waren somit – wie ihre fernöstlichen Pendants – sowohl Kulturträger als auch staatliche Repräsentanten.

KULTUR UND MILITARISMUS

Vor diesem Hintergrund ist auch die positive deutsche Umwertung des Begriffs „Militarismus“ zu sehen, der zuvor als Fremdbezeichnung und Kampfbegriff geprägt worden war:

„Dies änderte sich mit Ausbruch des Krieges. Bereits im Oktober wurde der Begriff ‚Militarismus‘ als Eigenbezeichnung für die Institution des Heeres und den gesamten Staatsaufbau übernommen; der ‚Militarismus‘ wurde als Legitimation und Erklärung des Kaiserreiches und sehr schnell als des ‚deutschen Wesens‘ herangezogen.“⁴¹

Wie bereits gezeigt, war dies vor allem der als Affront aufgefassten britischen These von den „zwei Deutschland“ geschuldet. Die positive Umdeutung des Militarismusbegriffs sollte somit ein wesentliches Charakteristikum der Gesellschaft des Kaiserreichs rechtfertigen und als kulturellen Eckpfeiler des deutschen Staates hervorheben. Damit waren die Professoren des Kaiserreichs in hohem Maße an der Entstehung des nationalistischen Klimas beteiligt, auch ohne direkten politischen Einfluss zum Beispiel durch Parteimitgliedschaften auszuüben.

Seit den 1890er Jahren ist also, nicht zuletzt durch die o.g. militärsoziologische Entwicklung, neben dem herkömmlichen preußisch-aristokratischen Militarismus eine neue, politisch radikalere, bürgerliche Variante zu verzeichnen, die in „(klein-)bürgerlichen Agitationsverbänden“ organisiert war, „deren rührigste der Alldeutsche Verband, der Deutsche

40 Generell lässt sich feststellen, dass die Kunstschaffenden insgesamt in der Mehrheit waren, abgesehen davon gab es keine besondere Häufung. Ihnen folgten die Naturwissenschaftler. Möglicherweise waren die Künstler durch die Manifest-Tradition ein besonders Manifest-affiner Typ. Insgesamt bildeten die Professoren mit 63 Lehrstuhlinhabern unter den Unterzeichnern die überragende Mehrheit. Die These vom akademischen Honoratiorentum, das sich, seiner Stellung dankbar, zum Fürsprecher deutscher Politik machte, stimmt insofern mit den Zahlen überein.

41 Conze, Werner/Geyer, Michael: Militarismus, in: Brunner, Otto/Conze, Werner/Koselleck, Reinhart (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 4, Stuttgart 1978, S. 1-47, hier S. 39 f., zitiert nach v. Ungern-Sternberg/v. Ungern-Sternberg 1996 (s. Anm. 4), S. 58.

Flottenverein und der Deutsche Wehrverein waren“.⁴² In diesen Verbänden spielten die deutschen Akademiker eine durchaus wichtige Rolle – ohne allerdings in den Führungsgremien ausschlaggebend zu sein – und trugen somit zur strukturellen Durchdringung der Gesellschaft mit nationalistischem Gedankengut quer durch alle (bürgerlichen) Schichten bei. Gerade die intellektuelle Legitimierung des Nexus Militarismus-Kultur-Nationalismus verschaffte diesem die außerordentliche Wirkmacht bei Kriegsausbruch. Die scheinbare Spontaneität, mit der die Solidaritätsbekundungen von Personen des öffentlichen Lebens erfolgten, gründete auf vorausseilender Autorestriktion der Kulturreliten lange vor 1914; es handelt sich bei deren Kriegsausgitation also keineswegs um ein emergentes Phänomen. Diese Entwicklung spann sich weiter durch den zusätzlichen Rechtfertigungsdruck, den die alliierte Propaganda mit der Unterscheidung zwischen Kultur und Militarismus traf. So entwickelten sich aus den ursprünglich defensiven Stellungnahmen in einer autosuggestiven, sich radikalierenden Spirale immer neue, oft historisch hergeleitete Argumente, um den spezifischen Charakter der deutschen Gesellschaftsverfassung nicht nur als Sonderweg, sondern als überlegenes Kulturmodell darzustellen. Hier nimmt die Militarisierung von Wissenschaft und Bildung eine zentrale Rolle ein – das „Militär als Schule der Nation“ war nun auch wörtlich zu nehmen. Es verteidigte nicht nur die Autonomie der deutschen Kultur, sondern Wissenschaft und Militär wurden zu sich gegenseitig beeinflussenden Vorbildern erklärt, wenn etwa Wilamowitz-Moellendorff

„unterstrich, daß die „Maschine“ – gemeint war der Heeresapparat – nur durch eine geistige Kraft in Gang gehalten werden könne. [...] Die tiefe Verwandtschaft von Heer und Wissenschaft sah er darin, daß Aufgaben, die über die Kraft des einzelnen hinausgingen, Organisation erforderten und daß man in beiden Bereichen mit der eigenen Person furchtlos für seine Sache eintreten müsse und den Kampf nicht scheuen dürfe.“⁴³

Und der Gelehrte Ludwig Stein bemerkte: „Das deutsche Heer ist in seiner einzigartigen Organisation lebende Geometrie, fleischgewordene Wissen-

42 Berg, Christa: Militär und Militarisierung. Einleitung, in: dies. (Hg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Bd. IV: 1870-1918. Von der Reichsgründung bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, München 1991, S. 502. Siehe auch Bruch, Rüdiger v.: Gelehrtenpolitik. Sozialwissenschaften und akademische Diskurse in Deutschland im 19. Und 20. Jahrhundert, Stuttgart 2006, S. 115 f.

43 Maurer, Trude: Universitas militans. Von der Militarisierung der deutschen Universität im späten Kaiserreich zur Rechtfertigung des Militarismus im Ersten Weltkrieg, in: dies. (Hg.): Kollegen – Kommilitonen – Kämpfer. Europäische Universitäten im Ersten Weltkrieg [Buch zur Tagung vom 22.-25. September 2005], Stuttgart 2006, S. 57-74, hier S. 68 f.

schaft. Die Seele aller Wissenschaft aber ist Exaktheit.“⁴⁴ Mit diesen Umwertungen und Wechselbezügen von Militarismus und Kultur fand die Militarisierung der Gesellschaft und die positive Umdeutung des Begriffs Militarismus einen vorläufigen Höhepunkt.

ZUM „PARADOX DER ZIVILGESELLSCHAFT“

Weder die Absicht der Verfasser, Verständnis und sogar Zustimmung für die deutsche Politik und Kriegsführung zu erzeugen, ließ sich realisieren; noch kann man sagen, dass das Manifest dazu beigetragen habe, die zivilgesellschaftliche Wirkungsmacht der Unterzeichnerklientel zu erweitern.

Die Ursachen für das Scheitern können zum Verständnis beitragen, welche Voraussetzungen ein Manifest mitbringen muss, um nicht dasselbe Schicksal zu erleiden. Die Gründe für diese Einschätzung sollen im Folgenden ausgeführt werden.

Zunächst einmal zeigt sich – übereinstimmend mit der Einleitung dieses Bandes – am Beispiel des „Aufrufs an die Kulturwelt“, dass die normative Definition von Zivilgesellschaft zu optimistisch ist, wenn sie zivilgesellschaftlicher Betätigung aus seiner Struktur heraus schon eine enge Nähe zu Werten wie Zivilität, Toleranz und Frieden bescheinigt. Die Frage, ob Manifeste als Ausdruck zivilgesellschaftlicher Betätigung genuin eine „global affinity with peace, democracy and human rights“⁴⁵ haben, kann nur verneint werden. Das Manifest sah sich keineswegs Toleranz und der Aufrechterhaltung von Frieden verpflichtet. Michael Walzer sieht in der Zivilgesellschaft aufgrund des Fehlens ihr eigener integraler Ideologien wie Nationalismus oder Sozialismus zwar ein „setting of settings“: all are included, none is preferred“⁴⁶, doch anhand des „Manifests der 93“ ist zu erkennen, dass diese demonstrative Offenheit schon im Entstehungskontext der Schrift zu vermissen ist. Pazifistische Positionen kamen von vornherein nicht in Betracht, aber auch eine konstruktive Auseinandersetzung mit den von britischer Seite vorgebrachten Argumenten beispielsweise fand nicht statt. Der „Aufruf“ war in sich bereits die Absage an eine Gleichwertigkeit der verschiedenen Nationen Europas und propagierte die Überlegenheit der deutschen Kultur. Zusammen mit der exklusionistischen Stoßrichtung gegen Pazifisten und Skeptiker im Inland ist das Manifest keineswegs mehr als ein Zeugnis von Toleranz zu nehmen.

44 Stein, Ludwig: Die Umwertung des Begriffs Militarismus, in: Nord und Süd 153, [ohne Ortsangabe] 1915, S. 261-267, hier S. 266, zitiert nach Maurer (Hg.) 2006 (s. Anm. 43), S. 69.

45 Trentmann, Frank: Introduction. Paradoxes of Civil Society, in: ders. (Hg.): Paradoxes of civil society: new perspectives on modern German and British history, New York 2000, S. 3-46, hier S. 6.

46 Zitiert nach ebd., S. 21.

Die Selbstregulation ist also keineswegs schon immer Garant für Pluralität. Frank Trentmann findet für das Verhältnis dieser „zwei Zivilgesellschaften“ eine treffende Metapher, wenn er schreibt:

„That the associational structure allowing society to regulate more and more of its own affairs could be transformed into policing points to the significance of distinguishing between the institutional body of the civil society and the blood flowing in its veins.“⁴⁷

Der „Residualdefinition“⁴⁸ folgend, ist der „Aufruf an die Kulturwelt“ hingegen zweifelsohne das Produkt zivilgesellschaftlicher Akteure und folglich der zivilgesellschaftlichen Sphäre zuzurechnen.

Die Unterzeichner gaben ihre Unterschriften weder als Angehörige der Regierung, der Wirtschaft noch als Privatleute, sondern ausdrücklich als Repräsentanten des Wissenschaftsbetriebs. Trotzdem gelang es den Manifestanten nicht, die zivilgesellschaftliche Wirkungsmacht auf diesem Wege zu erweitern.

Das liegt zum einen daran, dass der Duktus des Manifests in der Wahrnehmung der ausländischen Adressaten zu harsch wirken musste. Dies belegen zahlreiche Reaktionen aus dem Ausland. So aggressiv der Aufruf formuliert war, sowenig war er geeignet, eine Debatte in Gang zu setzen: Wie die stilistische Analyse zeigt, handelt es sich um eine Verkettung von Verneinungen, was im Übrigen auch von französischer Seite scharfsinnig bemerkt und interpretiert wurde. Wilfrid Monods, Professor an der Faculté de théologie protestante in Paris, bemerkte zum „Aufruf“: „On ne peut pas répondre au Manifeste par des arguments, car il est lui même une réponse, une série de négations.“⁴⁹

Zu den Gründen auf stilistischer Ebene treten jene, die in den Personen der Manifestanten selbst zu suchen sind. Verblüffend am „Aufruf“ ist ja eben, dass es von Seite der Manifestanten tatsächlich die Erwartung gab, dass, indem sie – als Kulturschaffende Deutschlands quasi über der Tagespolitik stehend – die „Zwei-Deutschland-Theorie“ bestritten und sich zum Militarismus bekannten, der deutschen Politik und Kriegsführung der Nimbus von Gerechtigkeit und Legitimität verliehen werden könne.

Diese Strategie ging nicht auf. Obwohl die Kompetenz und das soziale und berufliche Prestige gemeinhin die Überzeugungskraft der jeweiligen Akteure in der „öffentlichen Arena“ und die Durchschlagskraft ihrer Argumente zu erhöhen vermögen, wirkten sich diese Eigenschaften in diesem

47 Ebd., S. 22.

48 Vgl. hierzu Gosewinkel, Dieter et al.: Zivilgesellschaft – national und transnational. Einleitung, in: dies. (Hrsg.): Zivilgesellschaft – national und transnational, Berlin 2004, S.11-28.

49 Monod, Wilfrid: Le manifeste des quatre-vingt treize, in: Revue chrétienne 61, 1914, S. 646 ff.

speziellen Fall gegenteilig aus: Die Unterzeichner des Manifests vermehrten durch ihr Prestige nicht die Schlagkraft ihres Engagements, sondern schmälerten im Gegensatz durch ihr Engagement in dieser Sache ihr Prestige. Hier zeigt sich, dass der Veröffentlichung eines Manifests immer auch die Abwägung zwischen dem eigenen persönlichen (diskursiven) Kapital und den Image-Kosten vorausgehen sollte. Diese Rechnung ging im Falle des „Aufrufs“ zu Ungunsten der Manifestanten auf: Die vertretenen Positionen waren im Ausland zu unpopulär, als dass der Status der Manifestanten genügend Überzeugungskraft hätte haben können.

Ein dritter Grund liegt in der speziellen gesellschaftlichen Entstehungssituation des Manifests: Angenommen, das Manifest der 93 hätte gegen den Einmarsch deutscher Truppen in Belgien argumentiert und einen Krieg abgelehnt. Im Ausland wäre eine solche Schrift mit Begeisterung aufgenommen worden. Dass es in Deutschland aber viele Unterzeichner gefunden hätte, ist unmöglich. Wie bereits erwähnt, gab es diesen Fall in Form von Nicolais pazifistischem Manifest „Aufruf an die Europäer“, das genau vier Unterzeichner fand.⁵⁰

Der Grund dafür liegt in der überwiegend staatsstreuen Haltung der deutschen Kultureliten. Das Manifest der 93 war zwar im Sinne oppositioneller Gegnerschaft gegen die Vorwürfe der ausländischen Presse und Regierungen gerichtet, doch darf man die affirmative Disposition des Manifests nicht unterschätzen. Durch die Vereinzelung in einer „Welt von Feinden“ konstruierte das Manifest die deutsche Nation als „Kulturvolk“, dessen Mitglieder sich dadurch auszeichnen, dass sie ein Bekenntnis zu einer nicht näher bestimmten Gemeinschaft „deutscher Kultur“ ablegen. Tatsächliche Kriterien für die Zugehörigkeit zu dieser Gemeinschaft gibt es freilich nicht. Zwar fand seit Immanuel Kant die Unterscheidung zwischen Kultur und Zivilisation immer wieder Verwendung – Zivilisation ist bei ihm eine Art soziale Artigkeit und Manierlichkeit, während die Kultur erst Voraussetzung zur wahrhaften Moral sei –⁵¹ doch eine tatsächliche Auffüllung mit konkreten Inhalten erfuhr der Begriff nicht. Auch bei Helmuth Plessner bleibt das, was die deutsche „Kultur“ eigentlich sein soll, nebulös:

„Kultur, der deutsche Inbegriff für geistige Tätigkeit und ihren Ertrag im weltlichen Felde, ist ein schwer zu übersetzendes Wort. Es deckt sich nicht mit Zivilisation, mit Kultiviertheit und Bildung oder gar Arbeit. Alle diese Begriffe sind zu nüchtern oder zu flach, zu formal bzw. ‚westlich‘ oder an eine andere Sphäre gebunden. Ihnen fehlt die Schwere, die trachtige Fülle, das seelenhafte Pathos, das sich im deutschen Be-

50 Neben Georg Friedrich Nicolai selbst waren dies außerdem Albert Einstein, Otto Buck und Wilhelm Förster.

51 Siehe Kant, Immanuel: Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht (1784). Akademie-Ausgabe, Bd. 8, o.O., S. 26.

wußtsein des 19. und 20. Jahrhunderts mit diesem Wort verbindet und seine oft empathische Verwendung verständlich macht.“⁵²

Diese Strategie der Gemeinschaftsbildung als Bekenntnis zu einem Kollektiv, dessen Wesenskern unbestimmt bleibt, um die Möglichkeit zur Inklusion gewünschter und vor allem zur Exklusion unerwünschter Individuen offen zu halten und flexibel zu gestalten, erinnert stark an Andersons Konzept der „Imagined Communities“. Diese Gemeinschaften sind

„vorgestellt, weil die Mitglieder selbst der kleinsten Nation die meisten anderen niemals kennen [...] werden, aber im Kopf eines jeden die Vorstellung ihrer Gemeinschaft existiert“⁵³. Aber sie sind ebenso „begrenzt [...], weil selbst die größte von ihnen [...] in genau bestimmten, wenn auch variablen Grenzen lebt, jenseits derer andere Nationen liegen. [...] Selbst die glühendsten Nationalisten träumen nicht von dem Tag, da alle Mitglieder der menschlichen Rasse ihrer Nation angehören werden.“⁵⁴

Hingegen waren zumindest die Unterzeichner nach Veröffentlichung des Manifests auf die pronationalistische Haltung festgelegt und konnten sich nicht ohne Weiteres wieder distanzieren oder hatten nicht mehr die Möglichkeit, kritische Haltungen einzunehmen – was ihre zivilgesellschaftliche Wirkungsmacht weiter einschränkte.

Dem Manifest der 93 *konnte* gewissermaßen kein Erfolg beschieden sein: Einerseits war die Empörung, die das Manifest sowohl in der Sache als auch in der Form im Ausland erregte, vorhersehbar gewesen. Andererseits erlaubte der gesellschaftliche Hintergrund des Wilhelminismus kein regierungskritisches Manifest, dem auch breitere Unterstützung beschieden gewesen wäre. Bezüglich des „Aufrufs an die Kulturwelt“ bleibt festzuhalten, dass das Manifest – hätte es als schlagfertiges *und erfolgreiches* Instrument zivilgesellschaftlicher Opposition funktionieren sollen – etwas voraussetzt, was es als Genre erst erzeugen soll: Nämlich ein Klima, das es ermöglicht, auch kritische Minderheitenpositionen öffentlich wirksam vertreten zu können.

52 Plessner, Helmuth: Die Verspätete Nation, in: ders.: Gesammelte Schriften, Bd. VI, Frankfurt am Main 2003, S. 84.

53 Anderson, Benedict: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Frankfurt am Main 1988, S. 14 f.

54 Ebd., S. 15.

FAZIT

Es ist deutlich geworden, dass sich das Manifest der 93 in eine spezifisch deutsche Bildungstradition einordnet und sich in seiner unkritischen Form gegenüber der Politik des Kaiserreichs aus der gesellschaftlichen Stellung der deutschen Gelehrten erklärt.

Wie gezeigt werden konnte, muss das Manifest als Phänomen zivilgesellschaftlichen Engagements keineswegs immer zivilisierend, liberalisierend oder demokratisierend wirken, sondern kann – angepasst an den jeweiligen politischen Raum – auch als Mitteilungsorgan fungieren, um der Forderung nach einer Militarisierung oder *Entzivilisierung* Ausdruck zu verleihen. Auch eine gewisse Staatsferne der Manifestanten ist keine Prämisse, wie anhand der Einflussnahme durch staatliche Stellen im Fall des „Aufrufs ‚An die Kulturwelt!‘“ gezeigt worden ist. Mit anderen Worten: Das Manifest als Ausdrucksform bleibt nicht der Opposition vorbehalten.

Des Weiteren lässt sich festhalten, dass der Inhalt des Manifests nicht in erster Linie ausschlaggebend für seine Wirkweise sein muss. Beim Genre des Manifests hat man es vielmehr mit einem Gestus zu tun: Verstanden als eine Art Sprechakt, sagt das Manifest durch seine ihm eigene Form eben mehr als das, was in ihm steht. Seine Form und sein Ausdruck sind jene der moralischen Erregung; seine Wirkung ist gerade aufgrund des Erregungstons explosiv.

Wenn auch noch von deutscher Seite darauf gehofft wurde, die öffentliche Meinung in den neutralen Staaten mit dem „Aufruf“ beeinflussen zu können, geht es den Verfassern und Unterzeichnern in erster Linie um die Demonstration einer Gesinnung, für die man mit der gesamten *persona* einsteht. Insofern zeigt sich am Manifest der 93 als Ausdruck zivilgesellschaftlichen Engagements ein spezieller *Typus von Politik*, der auf die moralische Entrüstung abstellt. Hier konstituiert sich quasi eine *manifesto-policy*, wie sie bereits in dem „Tamworth manifesto“⁵⁵ Niederschlag fand, das wohl den Prototyp des Manifests darstellt. Dieser zeichnet sich durch die Auslassung parteipolitischer Entscheidungsfindungsprozesse aus und stellt nicht zuletzt deswegen auch ein geeignetes Mittel für jene dar, die nicht den politischen Zirkeln angehören, um die Politik in ihrem Sinne zu beeinflussen bzw. – wie im vorliegenden Fall – zu stützen. Im Manifest findet der moralische Appell das Vehikel zur Überbrückung der Parteiensphäre, deren diskursive Gesetze dem verfolgten Anliegen womöglich abträglich wären, weil diese die Forderungen an Prägnanz und Durchschlagskraft beraubten.

Somit stellt das Manifest der 93 in seinem strukturgeschichtlichen Rahmen einen besonderen Manifest-Typus dar, der zivilgesellschaftliche Struk-

55 Beim „Tamworth manifesto“ handelt es sich um ein politisches Manifest, das 1834 von dem britischen Politiker Sir Robert Peel verfasst wurde. Die herausragende Eigenschaft dieses Manifests war, dass es sich direkt an eine intendierte Wählerschaft wandte.

turen zwar voraussetzt, aber nicht bestärkt. Die Exklusionsmechanismen im Entstehungsprozess des Manifests zeigen, dass zivilgesellschaftliche Organisation keineswegs auf Offenheit der Struktur oder Gleichberechtigung der Mitglieder beruhen muss. Das Manifest als Textgattung erweist sich hiermit als hochgradig abhängig von seinem historischen Rahmen sowie seiner Manifestantenschaft, das Genre stellt für sich genommen noch keinen demokratisierenden Ausdruck dar.